

Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Telefon: 030/400 40 400
Telefax: 030/400 40 422
Email: info@dbjr.de



Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendring zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in Deutschland begrüßt der Deutsche Bundesjugendring grundsätzlich die Veröffentlichung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung.

Der Deutsche Bundesjugendring sieht darin die Fortsetzung der 2001 auf Bundesebene begonnenen Berichterstattung. Dies ist hervorzuheben, da die Vorgängerregierung Armutsberichte grundsätzlich ablehnte.

Diese Berichterstattung ist notwendig, um vergleichbare und aussagekräftige Daten zu haben, die Aussagen über die Situation sozialer Ungleichheit zulassen. Mit dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht hat die Bundesregierung solches Datenmaterial vorgelegt, das im Vergleich zum ersten Bericht von 2001 Tendenzen erkennen lässt.

Zum Ansatz des Berichtes

Wir begrüßen den Ansatz des Berichtes, Armut über das Lebenslagenkonzept zu erfassen, da so die Reduzierung von Armut auf materielle Ressourcen vermieden wird. Das Lebenslagenkonzept ermöglicht, die Kumulation von Armutsproblematiken in den einzelnen Lebenslagen zu erkennen und differenziertere Aussagen zur Armut zu treffen.

Die Analyse in dem Bericht erlaubt einen Einblick in verschiedene Dimensionen ärmerer Lebenslagen, wie z.B. Einkommen, Vermögen, Überschuldung, Bildung, Versorgung mit Wohnraum und gesundheitliche Situation.

Wir bedauern aber, dass der Regierungsbericht beim Berichten über den Reichtum in Deutschland nicht demselben Ansatz folgt. Gerade eine genauere – auch qualitative - Betrachtung der reichen Lebenslagen hätte das Ausmaß sozialer Ungleichheit verdeutlicht. Die Vernachlässigung von Reichtum bemängelte der Deutsche Bundesjugendring schon am Bericht von 2001.

Erfreulich ist, dass dem Thema „Partizipation“ als Armutsaspekt ein Kapitel gewidmet wurde, was im Bericht von 2001 zu bemängeln war. Positiv auch, dass die Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten, Behinderten und von „Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfetätigen Personen“ (Wohnungslose, Straßenkinder, Suchtkranke, chronisch Kranke und ehemalige Straffällige) besondere Berücksichtigung erfahren.

Zum Prozess der Entstehung des Berichtes

Im Bericht wird die Bedeutung gesellschaftlicher Partizipation erkannt. Dies kann der Deutsche Bundesjugendring nur unterstützen. Die Ermöglichung der gesellschaftlichen Partizipation in Bezug auf die Erarbeitung des Berichtes bedarf jedoch noch der Verbesserung. Diese betrifft vor allem den Umgang des zuständigen Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) mit dem „Ständigen Beraterkreis zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung“, in dem auch der Deutsche Bundesjugendring vertreten ist.

Die Mitglieder des Beraterkreises erhielten den Entwurf des Berichtes Mitte Dezember mit einer nur dreiwöchigen Rückmeldefrist. Eine solche Zeitplanung beachtet die oft ehrenamtliche Arbeitsweise vieler gesellschaftlicher Gruppen nicht und machte eine effektive Mitwirkung bei diesem wichtigen Dokument sehr schwierig. Der Deutsche Bundesjugendring hofft, dass diese bei der weiteren Planung der zukünftigen Verfahrensweise zu den Armuts- und Reichtumsberichten als auch zu den Nationalen Aktionsplänen verbessert und auf die Mitwirkung der Verbände und Organisationen des Beraterkreises verstärkt Rücksicht genommen wird.

Tendenzaussagen des Berichtes

In punkto Datenmaterial stellen wir im Vergleich zu 2001 positiv fest, dass dieses Mal auch aktuellere Daten berücksichtigt wurden. Somit finden sich insgesamt Daten zum Zeitraum von 1998 bis 2004 im Bericht.

Die Ergebnisse zeigen die Kontinuität bzw. Zunahme der Armut auch nach Erscheinen des 1. Armuts- und Reichtumsberichtes. Folgende Zahlen sind sowohl absolut genommen als auch in Relation zu den Zahlen von 2001 Zeichen einer skandalösen Fehlentwicklung:

- 1,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren sind arm, 1,1 Millionen davon leben von Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote unter Kindern ist mit 7,2 % doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.
- Der Anteil der Armen an der Bevölkerung ist weiter gestiegen: von 12,1 % (1998) auf 13,5 % (2003).
- Die ungleiche Verteilung der Privatvermögen hat noch einmal leicht zugenommen: 2003 besitzen die reichsten 10 % der Haushalte 47 % (1998: 45 %), während die unteren 50 % nur 4 % des Gesamtvermögens (1998: 4 %) ihr Eigen nennen.

In dem analytischen Teil A des aktuellen Berichtes wird somit das bestätigt, was andere aktuelle Studien¹ ebenfalls aussagen: Armut und Reichtum nehmen auch im Land der Exportweltmeister/innen zu und der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößert sich.

Auch die Armut von Kindern bleibt unverändert ausgeprägt und alarmierend. Leider wurde dieses Ergebnis im Bericht zu wenig beachtet. Eine verstärkte Betrachtung von Armut Kindern wäre unseres Erachtens notwendig und angesichts der guten wissenschaftlichen Datenlage auch möglich gewesen.

¹ Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (AWO und ISS) „Child Poverty in Rich Countries 2005“ und Teilstudie für Deutschland (UNICEF)

Im Teil B vermissen wir eine kritische Reflexion der Aktivitäten zur Armutsbekämpfung der Bundesregierung. Über die Auswirkungen der Maßnahmen im Kontext der Agenda 2010 (insbesondere der Hartz-Maßnahmen) wird im Bericht zum Beispiel gar nichts ausgesagt, obwohl die Agenda 2010 nach der Überzeugung des Deutschen Bundesjugendring zur Verschärfung und Schaffung armer Lebenslagen beizutragen droht. Durch teils dramatische Leistungssenkungen, vor allem gegenüber der bisherigen Arbeitslosenhilfe, verschärfte Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen, aber auch erhöhte subjektive Hürden, Hilfen in Anspruch zu nehmen, etwa durch Praxisgebühren, Zahlungen und die Angst vor repressiven Reaktionen der Ämter und Agenturen wird die Tendenz zu armen Lebenslagen verstärkt.

Migration

Im „Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ (NAP'incl) 2003-2005 beschrieb die Bundesregierung „Angebote zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse“ als eine ihrer eigenen Aktivitäten für die Armutsrisikogruppe der Migrantinnen und Migrantinnen in Deutschland.

Der Deutsche Bundesjugendring stellt fest, dass es sich hierbei nicht mehr – wie formuliert – um ein Angebot, sondern entsprechend des neuen Zuwanderungsgesetzes um eine verpflichtende Maßnahme handelt. Dieses „Fordern“ ersetzt aber nicht das „Fördern“. Auch hier müssen die Anstrengungen verstärkt werden.

Integration ist ein gesamtstaatlicher, ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und immerwährende Aufgabe einer offenen Gesellschaft. Integrationsförderung ist dementsprechend eine fortwährende Begleitungs- und Beratungsaufgabe. Das Zuwanderungsgesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung hin zu einer wirksamen Integrationspolitik. Dem Bekenntnis zur Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, müssen weitergehende Schritte folgen. Deutschland gilt es als Zuwanderungsland zukunftsfähig zu machen. Neben einem effektiven Integrationssystem benötigt Deutschland auch eine angepasste Bildungspolitik.

Zur Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland muss es auch gehören, dass die Selbstorganisationen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausreichend unterstützt werden.

Reichtumsberichterstattung

Wie weiter oben bereits erwähnt, bemängeln wir, dass die Betrachtung reicherer Lebenslagen im Bericht zu kurz kommt. Nur sechs Seiten sind explizit den Reichereren unserer Gesellschaft gewidmet, konzentriert auf die Einkommens- und Vermögensverteilung. In diesem Zusammenhang fehlen im Bericht aber verwertbare Ausführungen zur Einkommensentwicklung und deren wachsende Ungleichheit. Dementsprechend werden auch kaum Wege zu einer gerechteren Verteilung als materieller Voraussetzung von Teilhabe aufgezeigt.

Unseres Erachtens sollten die Lebenslagen reicher Menschen in der Bundesrepublik außerdem in ähnlicher Weise wie die Lebenslagen armer Menschen dargestellt werden, um so die soziale Ungleichheit zu verdeutlichen und die strukturellen Zusammenhänge des Anwachsens von Armut und Reichtum erkennbar zu machen.

Die Bundesregierung gibt dieses Manko im Bericht sogar zu: Von „diffuser begrifflicher Fassung von Reichtum“ und „unbefriedigender Datenlage“ (S. 12) ist die Rede.

Working-poor-Lebenslagen

Leider enthält der Bericht auch nur eine halbe Seite zum Phänomen der „Armut trotz Erwerbsarbeit“ („working poor“), obwohl es auch dazu bereits einschlägige Studien gibt. Diese Lebenslagen nicht intensiver zu beleuchten, ist nicht zuletzt insofern besonders problematisch, als derzeit – unter anderem durch verschärfte Zumutbarkeitsregeln, die Ausweitung von Minijobs und auch durch so genannte „Ein-Euro-Jobs“ – die Ausweitung eines Sektors niedrigster Löhne eher noch begünstigt wird.

Vor allem die Auswirkungen dieser working-poor-Lebensverhältnisse und der Maßnahmen der Agenda 2010 auf Kinder und Jugendliche in working-poor-Familien wäre unseres Erachtens ein weiteres Forschungsfeld, wozu die Bundesregierung im Sinne einer adäquaten Evaluation der eigenen Maßnahmen Studien in Auftrag geben sollte.

Partizipation und „bürgerschaftliches Engagement“

Erstmalig widmet sich ein Schwerpunkt des Berichtes einer wichtigen Dimension von Armut: Partizipation. Die Regierung kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „An der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind höhere Einkommens- und Bildungsschichten stärker beteiligt als untere Bevölkerungsschichten.“ (S. 193) Das sehen wir als Bestätigung unseres kontinuierlichen Eintretens für Mitwirkungschancen von Kindern und Jugendlichen und unseres Einsatzes, die soziale Situation von Kindern zu verbessern. Die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Partizipationschancen und Armut ist sehr wichtig. Bedauerlich finden wir, dass die Qualität von Partizipation im Bericht zu kurz kommt. Zudem wird der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu wenig Beachtung geschenkt.

Zu den Maßnahmen der Bundesregierung und alternativen Perspektiven

Die dargestellte Armutsbekämpfung der Bundesregierung lässt sich grob in zwei Bereiche einteilen: das Anstreben von Vollbeschäftigung durch Lohnarbeit und die Förderung des unternehmerischen Wachstums. Im Bericht heißt dies zusammengefasst: „Erstens müssen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden, damit Beschäftigung neu entstehen kann.“ (S. XIX)

Der Deutsche Bundesjugendring widerspricht jedoch der Annahme, dass entsprechende Impulse durch den Abbau sozialer Sicherung gesetzt werden könnten. Der Deutsche Bundesjugendring hat zudem schon mehrmals auf die weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit, die mit den Maßnahmen der Agenda 2010 verbunden ist, hingewiesen.

Zwar spricht alles dafür, durch eine Armut vermeidende und Verteilungsgerechtigkeit anstrebende Politik zugleich die Binnenkaufkraft zu stärken sowie durch den Ausbau sozialer Infrastruktur neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Jeder Strategie, Vollbeschäftigung durch Wachstum erreichen zu wollen, sind jedoch erkennbar Grenzen gesetzt. Zusätzliche Maßnahmen, die einen gleichberechtigten Zugang aller zu qualifizierter Erwerbsarbeit sicherstellen, sind daher erforderlich. Dies beginnt mit dem garantierten Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung und mit der umfassenden Bereitstellung flächendeckender ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Als notwendige Perspektive darüber hinaus sieht der Deutsche Bundesjugendring u.a. weit reichende Arbeitszeitverkürzungen, um die vorhandene Arbeit gerechter aufzuteilen und zugleich zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Um aber auch in Phasen ohne Teilhabe an der Erwerbsarbeit ein auskömmliches Leben oberhalb der Grenze relativer Einkommensarmut sicherzu-

stellen, ist die Perspektive des Deutschen Bundesjugendring die Einführung eines dies garantierenden Grundeinkommens.

Weitere notwendige Forschungsfelder für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung aus Sicht des Deutschen Bundesjugendring

Aus unserer Sicht wären u. a. folgende Fragestellungen und Themen in der zukünftigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung zu verstärken:

- quantitativ und qualitativ umfassende Erforschung von Reichtum und entsprechenden Lebenslagen
- Auswirkungen der Maßnahmen der Agenda 2010 auf ärmere und reichere Schichten, z.B. die Veränderungen (qualitativ und quantitativ) bei Armuts- und Reichtumlagen etc. - mit besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen
- Ausmaß und Veränderung (quantitativ und qualitativ) von Working-Poor-Lebenslagen - auch: Wirkung in Bezug auf Kinder und Jugendliche und der Veränderung durch die Agenda-2010-Maßnahmen
- Im Sinne eines Szenarios/einer Modellstudie: Welche Veränderungen würde die Einführung eines garantierten, soziokulturellen Grundeinkommens für Menschen in Armuts-Lebenslagen mit sich bringen?
- Erforschung des Standes bzgl. verschiedener Finanzierungsmodelle für ein solches Grundeinkommen und deren Machbarkeit
- Inwiefern ist gesellschaftliche Partizipation ein armutspräventiver Faktor? - unter besonderer Berücksichtigung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Zusammenfassende Bewertung

Der Deutsche Bundesjugendring begrüßt die Fortsetzung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ausdrücklich als wichtigen Anknüpfungspunkt einer auf soziale Integration ausgerichteten Politik. Er bemängelt aber die nach wie vor bleibenden Lücken in der Betrachtung der Reichtumsseite sowie eine unzureichende Reflektion der Folgewirkungen schwerwiegender sozialpolitischer Entscheidungen. Die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure in die Berichterstattung bleibt ausbaufähig. Vor allem aber weisen die Befunde des Berichts Entwicklungstendenzen aus, die keinen Anlass zur Beruhigung bieten: Eine so reiche Gesellschaft darf es nicht hinnehmen, das ein wachsender Teil ihrer Kinder in Armut aufwachsen muss!

Vom Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendring am 10.05.05 einstimmig beschlossen.